

Integrationsbericht 2014: Positive Trends und berechnigte Kritik



30.07.2014 | 13:46 | Jana Turk

Die Ergebnisse des diesjährigen Integrationsberichts wurden am vergangenen Montag vom Expertenrat für Integration und Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz, präsentiert. Im Bericht finden sich neben Statistiken und Vorschlägen auch Pläne für das kommende Jahr. Trotz allgemein positiver Rezeption des Berichts gab es auch Kritik von namhaften Institutionen. Hier die Eckpunkte des Integrationsberichts zusammengefasst von Jana Turk.

Wien. – 19,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung verfügt über einen Migrationshintergrund. Das ist ein Ergebnis des Integrationsberichts 2014, den der dafür zuständige Minister Sebastian Kurz (ÖVP) am Montag vorstellte. Der Bericht weist auf ein gestiegenes Zugehörigkeitsgefühl von Zuwanderern und ein verbessertes Integrationsklima insgesamt hin.

Einwanderung überwiegt Abwanderung

Den Hauptanteil der Zuwanderer mit 57 Prozent stellten im vergangenen Jahr EU- und EWR-Bürger dar. Insgesamt 151.300 Personen kamen nach Österreich, während zugleich rund 96.600 Menschen das Land verließen. Daraus ergibt sich eine Netto-Zuwanderung von 54.700 Personen. Von den Zuzügen aus dem Ausland entfielen fast 16.100 auf zurückkehrende österreichische Staatsangehörige. Mit über 17.700 Zuzügen stellen Deutsche den größten Anteil, gefolgt von ungarischen (14.900) und rumänischen Staatsangehörigen (13.500). Weitere 7.300 Zuzüge entfielen auf polnische und 6.200 Zuzüge auf slowakische Staatsbürger

Sprachförderung

„Wir wollen keine Segregation in der Schule“, so der Vorsitzende des Expertenrates für Integration Heinz Faßmann. Der 17-köpfigen Expertenrate schlägt ganzheitliches Sprachförderungskonzept vor. So soll ein individueller, bedarfs- und zielorientierter Förderunterricht eingeführt werden.

Fokus EU

Minister Kurz plädierte für eine stärkere Förderung der Migranten aus der Europäischen Union. Derzeit kommen Integrationsgelder der EU vor allem für Maßnahmen betreffend Zuwanderer aus Drittstaaten zu gute, jedoch stammt der Großteil der Zuwanderer nach Österreich aus dem EU-Raum. Minister Kurz will auf EU-Ebene hierfür eintreten. „Mobilität ist erwünscht, also müssen hierfür auch Mittel eingesetzt werden.“

Uni-Absolventen in Österreich halten

Österreich gilt als sehr attraktiv für ausländische Studierende und nimmt hinsichtlich dieses Indikators eine globale Spitzenstellung ein. Jedoch scheint es, obgleich die Alpenrepublik die Studierende nach ihrem Abschluss nicht halten könne.

„Willkommensmaßnahmen“, die Etablierung einer „Willkommensstruktur in Österreich“, eine Vereinfachung von Behördenwegen sowie Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen durch ein Anerkennungsgesetz sollen diesem Problem entgegenwirken. Zusätzlich appelliert Kurz an Sozialminister Hundstorfer (SPÖ), die Rot-Weiß-Rot Card zu entbürokratisieren und zu modernisieren.

Integrationsbericht bleibt nicht kritiklos: Von BUM MEDIA bis zur ÖH

Zwischen all den positiven Meldungen im und über den heurigen Integrationsbericht machen sich auch kritische Stimmen hörbar. „Der Bericht des selbsternannten Expertenrates für Integration zeigt noch einmal deutlich, worum es in der österreichischen

LINK

Österreichischer Integrationsfonds

Integrationspolitik im Grunde geht: Es geht um eine Politik der pflichten, des Leistungs- und Wertezwanges. Es wird viel mehr gefordert als gefördert.“, so Dino Šoške, Geschäftsführer der BUM MEDIA und Initiator der Wiener Integrationswoche.

Auch die Obleute von Wirtschaft für Integration, Georg Kraft-Kinz und Ali Rahimi sehen noch weiteren Handlungsbedarf. Sie fordern Vielfalt nicht nur als Realität, sondern als Chance zu sehen. Während sie die Maßnahmen des Integrationsberichts begrüßen, raten sie an, Chancengleichheit vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und politische Partizipation noch mehr in den Fokus zu stellen und zu fördern.

Werner Kerschbaum, Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes, bewertet die Maßnahmen, ausländische Studienabsolventen in Österreich zu halten, als sehr positiv. „Das ist besonders für unser Gesundheitssystem relevant, denn dieses steht und fällt mit Zuwanderung“, so Kerschbaum. Auch den geplanten zusätzlichen Förderunterricht für Kinder, die ohne Deutschkenntnisse nach Österreich kommen, befindet er als sinnvoll. „Allerdings stellt sich die Frage, wer diese Kinder unterrichten soll. Deutsch als Fremdsprache ist noch kein Pflichtfach in der Ausbildung von Pädagogen“ fügt der Generalsekretär hinzu.

Die Österreichische HochschülerInnenschaft reagierte mit vehementer Kritik auf den Vorschlag des Expertenrates, kostendeckende Studiengebühren für Drittstaatenangehörige einzuführen. „Kostendeckende Studiengebühren würden die Ungleichbehandlung hier noch weiter verschärfen. Ein Integrationsbericht der solche Maßnahmen vorschlägt, wird seinem Namen nicht gerecht.“, heißt es von Seiten der ÖH.



Kommentar hinzufügen ...

Auch auf Facebook posten

Als Verein "Wirtschaft für In... posten (Das bist du nicht?)

Kommentieren